



Unwirksam und hilflos?

**Zivile Konfliktbearbeitung als Handlungsprinzip
in eskalierten Gewaltkonflikten**

von Susanne Luithlen

Impressum

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Am Kölner Brett 8

50825 Köln

Tel.: 02 21 91 27 32 - 0

E-Mail: kontakt@forumzfd.de

www.forumZFD.de

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.)

Grafik/Satz: Thomas Oelerich

Auflage: 250 Stück

November 2014

Susanne Luithlen

Unwirksam und hilflos?

Zivile Konfliktbearbeitung als Handlungsprinzip
in eskalierten Gewaltkonflikten

0. Einführung

Wer in diesen Tagen für gewaltfreie Konfliktbearbeitung eintritt, sieht sich oft der mal mutlos, mal herausfordernd gestellten Frage gegenüber, was angesichts der Gewalt des Islamischen Staates denn gewaltfrei überhaupt auszurichten sei. Nicht nur Skeptiker/innen stellen die Wirksamkeit ziviler Konfliktbearbeitung infrage – auch Befürworter/innen zweifeln, ob in diesem Fall nur Gewalt noch helfen kann.

Im Folgenden beschäftige ich mich mit der Fragestellung, was zivile Konfliktbearbeitung in Großkonflikten ausrichten kann. Diese Frage beziehe ich zum Einen darauf, ob gewaltfreie Methoden, von den Betroffenen selbst angewandt, in Großkonflikten eine Chance haben und zum Anderen auf die Frage, ob und wenn ja, wie es möglich ist von außen „zur Rettung Fremder“ gewaltfrei etwas zu bewirken.

Als Bezugsobjekt habe ich – das ist aktuell fast unvermeidlich – den Islamischen Staat gewählt.

I. Erfolgsaussichten gewaltfreier und gewaltförmiger Formen des Kampfes

Eine wegweisende Untersuchung zur Wirksamkeit gewaltfreier Aktion haben Erica Chenoweth und Maria J. Stephan vorgelegt. In ihrem im Jahr 2011 erschienenen Buch mit dem Titel „Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict“ stellen sie die Ergebnisse ihrer empirischen Forschung über den Vergleich gewaltförmiger und gewaltfreier Aufstände, die sich gegen diktatorische Regime richteten, eine Besatzung beenden oder eine Sezession erreichen wollten, vor. Untersucht wurden alle Aufstände zwischen 1900 und 2006 an denen sich mindestens 1.000 Menschen beteiligt haben, insgesamt mehrere hundert Fälle.

Die Autorinnen befassen sich nicht mit prinzipiellen normativen Fragen von Gewaltfreiheit, sondern beurteilen Gewaltfreiheit und bewaffnete Widerstandsformen auf empirischer Grundlage im direkten Vergleich und interessieren sich dabei nur für die Erfolgsaussichten. Sie gehen äußerst konservativ vor, was die Bestimmung von Erfolg angeht.

Das Ergebnis ist erstaunlich! Gewaltlose Bewegungen waren mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit erfolgreich wie solche, die zur Gewalt griffen. Dieser Trend verstärkte sich in den letzten 50 Jahren. Gewaltfreie Bewegungen nahmen zu und wurden erfolgreicher während solche, die Gewalt anwendeten, seltener und weniger erfolgreich wurden.

Die Autorinnen testeten ihre Hypothesen gegen verschiedene Einwände:

- Der Erfolg der Kampagne und die Wahl der Mittel hätten dieselbe Ursache. Demnach sei der Erfolg nicht ein Erfolg der Gewaltlosigkeit, sondern Gewaltlosigkeit und Erfolg entstünden aus anderen, beiden zugrundeliegenden Umständen.
- Strukturelle Bedingungen, wie zum Beispiel ein hohes Bildungsniveau oder homogene ethnische Strukturen begründeten den Erfolg, nicht die Wahl der Mittel.

- Kampagnen blieben nur dann gewaltlos, wenn der Gegner weniger brutal und skrupellos sei.

Dafür, dass gerade dieser dritte Einwand nicht zutrifft, gibt es zahlreiche Beispiele. Eines davon ist Liberia, wo ein unvorstellbar brutaler Bürgerkrieg von den Frauen in Weiß beendet wurde, die über die sonst üblichen Spaltungen hinweg (u.a. muslimisch-christlich) furchtlos für den Frieden eintraten. Selbst gegen die Nazis gab es immer wieder gewaltfreien Widerstand, der einigen Erfolg hatte. Die Autorinnen schreiben zu diesem Einwand: „Während es sein kann, dass gewaltfreier Widerstand gegen voll ausgebrochenen Völkermord nicht wirksam eingesetzt werden kann, (oder dass er inhärent dem bewaffneten Kampf unterlegen ist), gibt es für diese Behauptung keine starken empirischen Beweise.“

Alle diese Einwände halten der statistischen Prüfung nicht stand. Die Ursache für den Erfolg ist die Gewaltlosigkeit, unabhängig davon, ob der Gegner mächtig und/oder brutal ist, ob die Bevölkerung gebildet oder ob sie ethnisch zerstritten ist. Natürlich fragen die Autorinnen, was Gewaltlosigkeit so erfolgreich macht. Sie stellen fest, dass es für den Erfolg von Bewegungen – gewaltfreien sowie gewaltförmigen – eine ausschlaggebende Variable gibt: die Anzahl der Beteiligten. Je mehr Menschen sich an einer Kampagne beteiligen, desto größer ist ihre Aussicht auf Erfolg.

Vergleicht man nun gewaltförmige und gewaltfreie Bewegungen, so wird deutlich, dass Gewaltlosigkeit bei der Mobilisierung entscheidende Vorteile hat: Es gibt wesentlich mehr Formen der Beteiligung und das persönliche Risiko sowie die Anforderungen an das Individuum sind geringer und können besser dosiert werden. Dank des vielfältigen Mitmachangebots gelingt es gewaltlosen Bewegungen nicht nur leichter, viele Menschen zu mobilisieren, sondern sie sind auch besser geeignet, eine breite Beteiligung über gesellschaftliche Schichten hinweg zu erreichen. Zudem ist es eher möglich, Sympathien Regime-naher Personen zu gewinnen und interne Regimedifferenzen zu verstärken.

Für jede Bewegung ist es ein zentraler Erfolgsfaktor, Mitglieder des Regimes – vor allem der Sicherheitsdienste und der Armee – dazu zu motivieren, nicht auf Zivilisten zu

schießen oder sogar die Seiten zu wechseln. Auch hier haben gewaltfreie Bewegungen einen deutlichen Vorteil. Dieser ist dann am größten, wenn Mitglieder des Sicherheitsapparats auch verbal nicht angegriffen oder beleidigt, sondern zur Beteiligung eingeladen werden. Es geht also eher um eine Erosion der Machtbasis eines Regimes als um ein Bezwingen durch Zwangsmacht.

Die Sozialwissenschaft geht davon aus, dass es keinem Regime möglich ist an der Macht zu bleiben, wenn 3,5 Prozent der Bevölkerung sich aktiv am Widerstand beteiligen. Oft sind Bewegungen auch bei einer geringeren Beteiligung erfolgreich, aber ab 3,5 Prozent aktiver Beteiligung ist der Erfolg gewissermaßen unausweichlich.

Interessanterweise zeigen Chenoweth und Stephan, dass die Erfolgsaussichten gewaltfreier Bewegungen weder durch Unterstützung von außen noch durch Sanktionen oder brutales Vorgehen des Regimes entscheidend beeinflusst werden. Vielmehr sind bei gewaltfreien Bewegungen die internen Mechanismen die entscheidenden Determinanten. Das ist auch insofern bemerkenswert als es bei gewaltförmigen Bewegungen anders ist: hier ist die Unterstützung durch einen externen staatlichen Sponsor der ausschlaggebende Faktor.

Neben den größeren Erfolgsaussichten gewaltfreier Bewegungen, den geringeren Opferzahlen und dem geringeren materiellen Schaden, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich demokratische Strukturen stabilisieren und zukünftige Konflikte ebenfalls gewaltfrei ausgetragen werden, deutlich höher als bei erfolgreichen gewaltförmigen Bewegungen. Das ist sowohl nach einem Jahr als auch nach fünf Jahren festgestellt worden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Erfolgswahrscheinlichkeit im Falle des Widerstands der Betroffenen selbst immer höher ist, wenn mit gewaltfreien Mitteln gekämpft wird, auch wenn es um umfassende Ziele wie Regimewechsel oder Befreiung von einer Besatzungsmacht geht.

II. Erfolgsaussichten gewaltfreier Interventionen

Nun komme ich zur zweiten Frage: Was kann von außen getan werden, um Menschen in anderen Staaten vor Gewalt zu schützen. Das Völkerrecht spricht von der „Rettung Fremder“.

Einleitend sei angemerkt, dass ich mich dieser Frage nicht auf empirischer Grundlage nähere. Vielmehr möchte ich mit Bezug zur aktuellen politischen Debatte einige grundsätzliche Überlegungen anstellen. Ich hoffe zu zeigen, warum die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung von außen bisher kaum in den Blick kommen können.

Von außen sind wir immer in einer besonderen Rolle, wir sind zunächst einmal Dritte, nicht direkt betroffen. Wir sind keine Partei, können aber Partei ergreifen – was häufig genug geschieht, oft mit verheerenden Folgen. Wir können aber auch davon absehen Partei zu ergreifen und eine umfassendere Perspektive einnehmen und uns bemühen das zu tun, was den Parteien in aller Regel nicht möglich ist: die Interessen und Bedürfnisse aller Seiten sehen, jenseits ihrer Taten und dem, was sie erleiden. Das ist nicht leicht. Konflikte laden zur Parteinahme ein, haben eine inhärente Eskalationsdynamik und bilden ziemlich stabile soziale Systeme, die sich gewissermaßen ihre Akteure suchen. Besonders schwierig und kompliziert ist die Nicht-Parteinahme oder allparteiliche Haltung, wenn man wie die Bundesregierung eigene Interessen hat und zudem vielfältigem Druck befreundeter Regierungen und Partner ausgesetzt ist.

Dies wird am Beispiel des Islamischen Staates – dem (Medien-)Thema dieser Tage – facettenreich deutlich. Im Angesicht seines Vormarschs scheint zivile Konfliktbearbeitung an ihre Grenze zu kommen. Ihre Befürworter werden im öffentlichen Diskurs an den Rand gedrängt, mit deutlichen Versuchen, sie der Lächerlichkeit preiszugeben. Nur Gewalt scheint gegen die blindlings mordenden Schergen zu helfen, so dass die Bundesregierung die Gegenseite bewaffnet, um – so ihre Begründung – noch Schlimmeres zu verhüten.

Ich bin der Ansicht, dass genau das Gegenteil der Fall ist: Militärische Gewalt ist in der Region von allen Parteien – inklusive den amerikanischen und anderen ausländischen

Truppen – in allen denkbaren legalen, halb-legalen und illegalen Formen angewandt worden, wird weiterhin angewandt und doch zeigt sich keine Besserung. Im Gegenteil. Zivile Konfliktbearbeitung hingegen mit ihrer weitergehenden, die Ursachen und eigenen Verstrickungen in den Blick nehmenden Perspektive, ihrer Vielzahl an diplomatischen, humanitären und zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten wurde bisher noch überhaupt nicht ernsthaft und umfassend versucht. Worauf warten wir noch, um mit dem Mehr desselben aufzuhören und endlich etwas deutlich Anderes zu versuchen, wenn es tatsächlich unser Ziel ist, zur Beendigung der Gewalt beizutragen?

Anders als die Skeptiker/innen glauben und interessierte Seiten behaupten ist zivile Konfliktbearbeitung nicht das freundlich Harmlose für gute Tage und zivilisierte Gegner. Vielmehr macht sich die Bundesregierung mit ihrer Lesart der Situation und den daraus abgeleiteten Handlungen das Leben zu leicht. Sie verfolgt deutlich unterkomplexe Ansätze, die vor allem von Emotionen und Druck von innen und außen geleitet zu sein scheinen. Um auf die schwierige Situation angemessen und mit einer langfristigen Perspektive zu reagieren, wäre es demgegenüber wichtig, dem eigenen Handeln eine angemessen komplexe Analyse zugrunde zu legen und – unter Einbeziehung der eigenen Verstrickung in die Konflikte in Nahost – nüchtern und besonnen abwägend Entscheidungen zu treffen.

Anders als es die öffentliche Wahrnehmung nahezulegen scheint, ist der Islamische Staat nicht vom Himmel gefallen. Er ist eine extremistische sunnitische Terrorbewegung, die nach dem Einmarsch im Irak 2003 entstanden ist. Anders als Al-Qaida hat er sich nicht auf ferne Feinde konzentriert, sondern letztlich im sunnitischen Bruderkrieg verstrickt, der ihn so geschwächt hat, dass er 2008 kaum noch handlungsfähig war.

Eine Erklärung für das spektakuläre Comeback des Islamischen Staates lieferte Peter Harling in „Le Monde Diplomatique“ vom 1. September 2014: „Dass die Bewegung wieder im Geschäft ist, ist nur zu einem kleinen Teil ihr Verdienst. Der Weg wurde ihnen von ihren Feinden geebnet...“ Dabei zeigte – laut Harling – die Bewegung weit mehr Pragmatismus als im Monsterbild der westlichen Öffentlichkeit Platz findet. Sie griffen an, wo der Feind schwach war und hielten sich zurück, wo mit nennenswertem Widerstand zu rechnen war. Sie stießen in Regionen vor, für die keine Regierung

viel Einsatz zeigte. Auch die Jesiden-Retter des Westens, die Kurden, haben sich vor dem Islamischen Staat, die Jesiden zurücklassend, zurückgezogen.

Harling führt im Einzelnen aus, wie die Mächte in der Region - die Türkei, die USA, Russland, Iran, Syriens Präsident Assad, der damalige irakische Regierungschef Maliki und die Golfmonarchien – den Islamischen Staat haben wieder mächtig werden lassen. Ich beschränke mich auf ein zentrales Moment, welches eine Resultante all dieser Einzelmotive ist: Die reale und noch viel mehr die erlebte Marginalisierung von Sunniten, die sich im Irak drangsaliert und in Syrien im Stich gelassen fühlen. Dass westliche Länder sich mit Versuchen zur Rettung der Jesiden überboten, Waffenlieferungen und Bombardierungen von Sunniten eingeschlossen, während Assads Truppen zehntausende sunnitische Zivilisten in den Städten Syriens ermorden, ist Wasser auf die Mühlen des Gefühls der Entrechtung und Erniedrigung vieler Menschen. Harling endet mit dem Satz: „Der Islamische Staat selbst steht für wenig. Er wird von einem System genährt.“

In dieser Geschichte ist der Islamische Staat zumindest auch eine abhängige Variable der verleugneten Zusammenhänge internationaler Politik und gravierender Fehler ihrer Akteure. Die Geschichte, die durch die allgegenwärtigen Medienberichte derzeit vom Islamischen Staat transportiert wird, ist eine andere: Plötzlich waren diese Mörder da, die keine Skrupel kennen und furchtlos mordend über alles und jeden herfallen. Der Islamische Staat selbst trägt mit einer effizienten und sehr erfolgreichen PR- und Propagandamaschinerie das Seine zu dieser Wahrnehmung bei. So entsteht zunehmend ein allgemeines, gleichwohl sehr dynamisches Bild von äußerster Brutalität, blind wütender Gewalt und politischem Fanatismus.

Auch wenn der Vergleich von Grausamkeiten grundsätzlich problematisch ist, möchte ich den Islamischen Staat zumindest zu zwei aktuellen Tragödien ins Verhältnis setzen. Nicht mit dem Ziel ihn zu verharmlosen, sondern um deutlich zu machen, dass wir unsere Motivlage hinterfragen müssen, wenn wir uns mit Waffengewalt auf der Seite der vermeintlich Guten dem vermeintlich fremden Bösen entgegenstellen.

Im Kongo sind in den 90er Jahren mehr als drei Millionen Menschen oft auf brutale Weise ums Leben gekommen. Es gilt als die größte humanitäre Katastrophe nach dem Zweiten Weltkrieg. Allerdings gingen die dortigen Kämpfer ohne internationale PR-Strategie vor, ohne Kommunikation in unserer Richtung und ohne eine weiterführende Ideologie. Im Irak selbst sind, nachzulesen in ‚Body Count‘ der IPPNW von März 2013, in der Folge des Einmarsches der USA und ihrer Verbündeten zum Sturz Saddam Husseins zwischen 1,2 und 1,8 Millionen Menschen gestorben, die ohne diesen Einmarsch noch leben würden. Die meisten sind Opfer der anhaltenden Gewalt geworden. Damit sind als Folge des Einmarsches ca. 5 Prozent der irakischen Bevölkerung gestorben, halb so viele, wie in Deutschland im Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommen sind. Weder das massenhafte gewaltsame Sterben im Kongo noch das im Irak hat in der Bundesregierung einen vergleichbaren Positionierungs- oder Handlungsdruck erzeugt.

Der Islamische Staat ist brutal und er ist furchtbar, aber nicht brutaler und furchtbarer als andere Terrormilizen. Doch anders als andere kommuniziert er mit uns, provoziert und verwickelt uns: Er filmt und zeigt die Hinrichtung westlicher Journalisten und Helfer, die zum Hohn in orangen Anzügen stecken, wie sie von Häftlingen im US-Gefangenenlager Guantanamo getragen werden. Anders als andere Terrorgruppen trägt der Islamische Staat uns – so scheint es – seine Feindschaft in einer perversen Kontaktaufnahme an.

Wir stellen der mörderischen Selbstinszenierung des Islamischen Staates nichts entgegen. Im Gegenteil. Wir leisten Schützenhilfe – kein Artikel, keine Rede ohne: „barbarisch“, „bestialisch“ und „Mörderbanden“, deren Vernichtung der amerikanische Präsident als sein erklärtes Ziel verfolgt. Willig folgen wir mit dieser Begrifflichkeit sprachlich dem Islamischen Staat in seine archaische Welt von Gut und Böse, gläubig und ungläubig, rein und unrein – und fallen damit wie dieser der Spaltung anheim. Wie die Ideologen des Islamischen Staates halten auch wir uns für die Guten, die das fremde Böse mit Gewalt bekämpfen müssen.

Es gelingt uns nicht, dem Sog zu widerstehen, eine umfassende Perspektive aufrecht zu erhalten, unsere Verstrickung in die Misere zu sehen und auf dieser Grundlage ak-

tiv zu werden. Wir akzeptieren die angetragene Feindschaft, wir nehmen den Fehdehandschuh auf. Das ist eine aus Friedenssicht verhängnisvolle Kapitulation, ein bedrückendes Scheitern. Alle großen Friedenskämpfer: Gandhi, Martin-Luther King, Mandela, Jesus haben die ihnen angetragene Feindschaft beharrlich abgelehnt. Sie haben Taten verurteilt, nicht Menschen.

Hier müsste – spätestens – zivile Konfliktbearbeitung bzw. eine am Frieden orientierte Politik einsetzen. Sie müsste der Suggestionskraft der berichteten Ereignisse widerstehen, heraustreten aus dem Sog der Bilder und Nachrichten und besonnen ebenso wie nüchtern eine breitere Perspektive wählen und ihre Handlungen daran ausrichten.

Das würde – um nur einige Beispiele zu nennen – bedeuten,

- viel mehr zu tun, um syrische Flüchtlinge zu unterstützen und aufzunehmen sowie vor Ort humanitäre Hilfe zu leisten;
- den Waffenhandel mit den Golfstaaten zu hinterfragen, bzw. einzustellen;
- auf deren Herrscher einzuwirken, damit sie die Unterstützung und Duldung sunnitischer Extremisten einstellen;
- den Iran einzubinden;
- die Türkei zum Einen bei der Versorgung der Flüchtlinge zu unterstützen und zum Anderen klar zu machen, dass der Handel mit Dumping-Öl durch den Islamischen Staat unterbunden werden muss;
- sich um Kontakt zum Islamischen Staat selbst zu bemühen;
- Angebote zu machen, die es für Kämpfer attraktiv machen, die Extremisten zu verlassen.

Beim Islamischen Staat sind mitnichten nur Gotteskämpfer aktiv. Laut unterschiedlichen Quellen sind es auch die Bezahlung, die gute militärische Ausstattung und vor allem der Erfolg selbst, die den Islamischen Staat für junge Kämpfer attraktiv machen. Fast alle Offiziere sind ehemalige Angehörige aus Saddam Husseins Armee, die im Rahmen der Ent-Baathifizierung entlassen wurden. Es ist nicht wahrscheinlich, dass sie alle aus religiösen Motiven handeln.

Es gibt Kämpfer, die dem Islamischen Staat ernüchert den Rücken kehren, weil er korrupt und lügnerisch ist, weil sie es ablehnen Leute zu ermorden, die nichts getan haben. Der Islamische Staat ist also nicht so homogen und hermetisch wie er sich gibt und wie er in Medien und Politik weitgehend dargestellt wird. Hieran gälte es anzuknüpfen.

Schließlich müssten wir eingestehen, dass die Lage nicht von außen zu kontrollieren ist. Nach allem, was in der Region in den letzten zweihundert Jahren angerichtet wurde, wären selbst dann keine schnellen Lösungen zu erwarten, wenn es einen aufrichtigen – aktuell nicht erkennbaren – Versuch gäbe, umfassend Verantwortung für das eigenen Handeln zu übernehmen.

Eine solche komplexere und selbstkritischere Sicht müsste sich auch in größerer Nüchternheit in der Rede niederschlagen. Das inakzeptable und äußerst brutale Verhalten der IS-Kämpfer muss benannt und abgelehnt werden. Gleichzeitig gilt es anzuerkennen, dass auch die IS-Kämpfer Menschen sind; vermutlich mit einem übermäßigen Bedürfnis nach Überwindung von Ohnmacht, nach Zugehörigkeit und Anerkennung sowie nach einer klaren Ordnung. Henry Kissinger hat kürzlich gesagt: „Die Dämonisierung Putins ist keine Politik.“ Ich möchte das umformulieren: ‚Die Dämonisierung des Islamischen Staates ist keine Politik‘ Sie entlastet uns allerdings von den Qualen der Ambivalenz, weil Gut und Böse klar verteilt werden und scheint uns der Verantwortung für unser Handeln in einem weiter gefassten Kontext zu entheben.

Aber: Hier ist kein Monster vom Himmel gefallen, wie eine biblische Heimsuchung. Vielmehr sind wir konfrontiert mit einer Systemvariablen der internationalen Politik im Nahen und Mittleren Osten, deren Teil wir sind. Hierfür gilt es im Sinne einer zivilen Konfliktbearbeitung Verantwortung zu übernehmen.

Zivile Konfliktbearbeitung betrifft aus meiner Sicht nicht nur die Frage, ob im Angesicht eines mit Gewalt ausgetragenen Konflikts Militär geschickt wird oder nicht. Zivile Konfliktbearbeitung ist primär eine Frage der Haltung, der Perspektive, des Erkenntnisinteresses, der angewandten Kategorien und der Zielvorstellungen. Daraus ergeben sich bestimmte – nämlich gewaltfreie – Instrumente als vorrangig oder aus-

schließlich zielführend. Zivile Konfliktbearbeitung wählt einen bestimmten Rahmen, der das Verständnis organisiert und leitet und dieser unterscheidet sich wesentlich vom Rahmen der aktuellen Politik. Es wäre ein Paradigmenwechsel. Die Frage, ob in Einzelfällen auch Gewalt – wohl am ehesten in Form polizeilich konzipierten Zwangs – zum Einsatz käme oder nicht, wäre aus meiner Sicht nicht ausschlaggebend.

Nicht zuletzt an der Ressourcenverteilung wird erkennbar, dass dieser Paradigmenwechsel noch aussteht. Das Verhältnis von Militärausgaben zu Ausgaben für zivile Konfliktbearbeitung ist aktuell in Deutschland 130 zu 1. Die Folgen dieser Ressourcenverteilung bringt ein Zitat von Paul Watzlawick auf den Punkt: „Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel.“ Wer seine Ressourcen in militärische Ausrüstung investiert, konzeptualisiert die sich ihm stellenden Aufgaben als solche, die mit militärischen Mitteln zu bewältigen sind.

III. Gewalt als letztes Mittel?

In der Diskussion über die Notwendigkeit des Gewalteinsatzes ist die Gewaltfreiheit in der Regel in der Defensive. Die unterstellte Wirksamkeit militärischer Gewalt als Ultima Ratio wird als wahr vorausgesetzt. Wie die Feuerwehr gegen Feuer eingesetzt wird, so soll notfalls mit Gewalt der Gewalt Einhalt geboten werden.

Doch während die Feuerwehr tatsächlich gut ausgerüstet ist, Feuer zu löschen – mit Wasser oder Schaum, nicht mit Benzin oder Öl – und die Erlösung aus den Ohnmachtsgefühlen real ist, stellt sich die Frage, ob Ähnliches auch auf für militärische Gewalt zum Beenden von Gewalt gilt; ob Gewalt tatsächlich das letzte Mittel ist, für das sie gehalten wird und was sie überhaupt zur Rettung von Menschen vor Gewalt leisten kann.

Interessanterweise liegen zur Wirksamkeit von militärischem Engagement zur Rettung Unschuldiger kaum Forschungsergebnisse vor. Wenn es stimmt, dass die Gewaltoption uns von Ohnmachtsgefühlen entlasten soll, dann ist eine chronische Überschätzung ihres Potentials wahrscheinlich. In diesem Sinne schreibt Peter Rudolf von der Stiftung Wissenschaft und Politik in der Zeitschrift *Internationale Politik und Gesellschaft* vom 22. September: „COIN [Counter Insurgency] war in Afghanistan von einem Überoptimismus getragen, der für militärische Organisationen geradezu essentiell ist.“

Dieser Einschätzung – der Überschätzung der Möglichkeiten militärischer Gewalt – entsprechen die Ergebnisse der „Bestandsaufnahme der Humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005“, die Thorsten Gromes und Matthias Dembinski von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung als HSKF Report Nr. 2/2013 vorgelegt haben. Weil sich die Wirksamkeit militärischer Gewalt zur Rettung Fremder wohl am ehesten in humanitären militärischen Interventionen erweisen müsste, möchte ich die Ergebnisse dieser Studien zusammengefasst wiedergeben.

Die Autoren gehen folgender Frage nach: „Lassen sich durch militärische Einsätze tatsächlich Fremde schützen?“ Sie stellen fest, dass jeder dritte Krieg oder Genozid innerhalb eines halben Jahres nach Beginn einer solchen Intervention endete. Und sie stellen fest: „Allerdings zeigt der Blick auf eine Vergleichsgruppe gewalthaltiger Konflikte, dass auch ohne humanitäre militärische Intervention jede dritte Gewaltlage in einem ähnlichen Zeitraum endete.“ Ein günstigeres Ergebnis zeigt sich in Bezug auf die Gewaltintensität. Diese wurde in Fällen mit Intervention deutlich reduziert und die Zahl der Toten ging deutlich häufiger zurück. Eine weitere Dimension, die der Bericht berücksichtigt, ist die mittelfristige Entwicklung der Gewaltlagen und er stellt fest, dass es keine Unterschiede zwischen Fällen mit und solchen ohne Intervention gibt. Selbst bei den sogenannten humanitären militärischen Interventionen ist also die Erfolgsaussicht von Gewaltanwendung zumindest unklar. In Fällen anderer militärischer Interventionen zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre eine niederschmetternde Bilanz.

So schwer aushaltbar Ohnmacht angesichts von Gewalt und größter Not ist: Nichts spricht dafür, dass Gewalt das letzte Mittel ist, für das sie stillschweigend gehalten wird. Vielmehr befreit sie die, die sie ausüben von Ohnmachtsgefühlen, indem sie Komplexität reduziert und sich selbst und anderen Handlungsfähigkeit demonstriert. Diese Motive spielen wahrscheinlich bei allen Konfliktparteien eine Rolle, auch wenn solche Strukturähnlichkeiten für uns schwer zu akzeptieren sind.

IV. Resümee

Alles deutet darauf hin, dass die Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung in Großkonflikten noch nicht ansatzweise erschöpft sind. Wir stehen hier gerade erst am Anfang! Vieles deutet darauf hin, dass klug zum Einsatz gebrachte gewaltfreie Mittel in allen Konflikten viel mehr bewirken können als man meint.

Glaubwürdigkeit und Kohärenz der Politik sind für eine überzeugende Friedensorientierung – wie sie das Grundgesetz Deutschland aufgibt – zentral. Hieran zu arbeiten ist unerlässlich. Denn aktuell ist die Rüstungsexportpolitik nur das krasseste Beispiel für den Mangel an Kohärenz und Allgemeinverträglichkeit. Ressourcenverbrauch, Flüchtlingspolitik und Handelspolitik sind weitere Beispiele.

Es sind nicht die Grenzen der zivilen Konfliktbearbeitung mit denen wir konfrontiert sind, sondern unsere Grenzen diese einzusetzen, ihr Potential auszuloten und weiterzuentwickeln.

Die Grenzen der Gewalt hingegen sind bereits jetzt recht deutlich. Es fällt schwer einen vernünftigen Grund zu erkennen, warum hier weiter so viel investiert wird.

Literaturhinweise:

Erica Chenoweth, Maria J. Stephan (2001)

Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict.
New York, Columbia University Press.

Peter Harling (2014)

IS Back in Business. Islamic State fills Middle East void
(Abgerufen am 23.10.2014 unter <http://mondediplo.com/2014/09/04islamicstate>)

Matthias Dembinski, Thorsten Gromes (2013)

Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005.
HSFK-Reports Nr. 2/2013, Frankfurt/M.
(Abgerufen am 23.10.2014 unter <http://www.hsfk.de/fileadmin/downloads/report0213.pdf>)



Susanne Luithlen

Leiterin der Akademie für Konflikttransformation
im Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag, den die Autorin am 26. September 2014 in der Frankfurter Paulskirche auf Einladung der Projektgruppe Zivile Konfliktbearbeitung Rhein-Main gehalten hat. Die Projektgruppe besteht aus pax christi in den Bistümern Limburg und Mainz, dem Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, dem Referat Weltmission/Gerechtigkeit und Frieden im Bistum Mainz, dem Bildungswerk Hessen der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen sowie der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz.



Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Am Kölner Brett 8

50825 Köln

Tel.: 02 21 91 27 32 - 0

E-Mail: kontakt@forumZFD.de

Spendenkonto:

IBAN: DE 37 3702 0500 0008 2401 01

www.forumZFD.de